

# Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts. Vereinigt Alles!**

**Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes**

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 6 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II  
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 1074.

Anzeigen die dreispaltige Kleinzeile 3 Mk., Arbeitsmarkt 1 Mk. Anzeigen-, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Zehm, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

**Inhalt:** Unsere Betriebsräte-Hochschule. — Gewerkschaften und Betriebsräte. — An die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. — Für die Praxis unserer Betriebsräte. — Weltmarktpreise und Weltarbeiterlöhne. — Englisches Tuch für deutsche Sicherheitspolizei. — Verächtigung. — Aus der Textilindustrie. — Politische Nachrichten. — Berichte aus Fachreisen. — Briefkasten. — Bekanntmachungen.

## Unsere Betriebsräte-Hochschule

Man eröffnet. Lehrer und Schüler haben ihre hoffnungsvolle Tätigkeit begonnen. Das ganze Textilproletariat Deutschlands blickt mit unbegrenzter Hoffnung nach Leipzig, wo die ersten der Kollegen und Kolleginnen zu Pionieren, zu Wegbereitern für die schließliche Sozialisierung der deutschen Textilindustrie ausgebildet werden sollen. Von den in Leipzig erzielten Lehr- und Lernerfolgen wird es abhängen, in welcher Weise unsere Betriebsräte ihre praktischen Aufgaben in Zukunft erfüllen werden, von der Art und dem Umfange der Erfüllung dieser Aufgaben wird es mit abhängen, in welchem Tempo die Sozialisierung der Textilindustrie in nicht zu ferner Zukunft sich vollziehen wird — da, wo sonst die Vorbedingungen dafür erfüllt sein werden. Und wo dann noch wichtige Vorbedingungen für die Sozialisierung fehlen sollten, wird es den für die Erfüllung ihrer großen Aufgaben vorgebildeten Betriebsräten mehr als jedem anderen Betriebsrat möglich werden, die Interessen der Textilarbeiterschaft dem kapitalistischen Unternehmen gegenüber wahrzunehmen. Geistige Macht, mit korporativer Macht vereinigt, wird in jedem Fall Erfolge zeitigen, die Kosten und Anstrengungen vollaus sprechen werden. An den letzteren werden es unsere Schüler sicher nicht fehlen lassen, und so werden sie für alle ihre Nachfolger auf der Hochschule zu leuchtenden Vorbildern werden. In der Gewißheit, daß sie all ihren Ehrgeiz darauf einstellen werden, heißen wir sie willkommen in Leipzig und rufen ihnen zu:

Glückauf zu neuem, erfolgreichem Wirken für die Befreiung der Arbeit aus drückendem kapitalistischem Joch!

## Gewerkschaften und Betriebsräte.

In Berlin besteht eine Betriebsrätezentrale, die sich eingetragenermaßen bemüht, eine Diktaturgewalt über die Gewerkschaften zu bekommen, eine von den Gewerkschaften unabhängige Räteorganisation zu schaffen und dieser die Gewerkschaften unterzuordnen. Unterstützt wird das Bemühen der Rätezentrale durch Ernst Däumig, den Schriftleiter der Zeitschrift „Der Arbeiter“. Die Haltung der Betriebsrätezentrale verdient deshalb strenge Beachtung, weil aus der Rivalität zwischen ihr und den Gewerkschaften den letzteren leicht eine Schwächung erwachsen könnte, die für die gesamte Arbeiterschaft verhängnisvoll werden müßte. Unsere Stellung zu der Frage ist bekannt und sie ist ja auch bedingt durch die Beschlüsse unseres Betriebsrätekongresses, so daß wir neuerdings nicht wieder zu betonen brauchen, daß wir die Pläne der Betriebsrätezentrale aufs schärfste bekämpfen. Da aber die Vorstöße der Rätezentrale immer entschiedener werden und zum Entscheidungskampfe zwischen den beiden miteinander ringenden Anschauungen drängen, halten wir es für angebracht, unsere Leser und Leserinnen mit dem bekanntzumachen, was von namhaften und berufenen Vertretern unserer Anschauung gegen die Bestrebungen der Rätezentrale ins Feld geführt wird.

So sagt S. Aufhäuser von der Afa:

„Dürfen die Betriebsräte von den Gewerkschaften organisatorisch getrennt werden, wenn sie ihre Gegenwartsaufgaben und den Kampf um das sozialistische Endziel bewältigen wollen? Zunächst wäre es eine nie wieder gut zu machende Schädigung der gesamten Arbeiterschaft, in den unmittelbar bevorstehenden schweren Kämpfen mit dem Unternehmertum die Mitglieder der Betriebsräte, d. h. die Vorkämpfer der Gesamtbewegung in einer Sonderorganisation zu vereinigen, während die übrigen Belegschaften der Betriebe eine völlige Loslösung erfahren sollen. Die Fühlung zwischen den Betriebsräten und ihren Wählerkreisen ist gerade vom Rätestandpunkt aus gesehen, von solch grundlegender Bedeutung, daß sie nicht nur innerhalb der Betriebe, sondern ebenso auch in der Gesamträteorganisation restlos hergestellt werden muß. Ebenso bedenklich aber wäre es, den Aufgabenkreis der Betriebsräte unbedingt trennen zu wollen in einen rein gewerkschaftlichen und einen politischen. Wenn die Betriebsräte nicht lediglich Arbeiterausschüsse bleiben sollen, dann muß die einfachste Tagesfrage im Zusammenhang mit dem höheren Ziel einer Umwandlung unserer heu-

tigen Produktions- und Wirtschaftsverhältnisse durchdacht und gelöst werden. Die Betriebsräte sind in einer Person Arbeitnehmervertretung und gleichzeitig Beauftragte der Belegschaften, um die Produktion zu kontrollieren. Die Zentrale der Betriebsräte versucht den natürlichen Zusammenhang, der für den sozialistisch denkenden Arbeiter in der gesamten Betriebsratsstätigkeit besteht, künstlich zu zerlegen, indem sie den Gewerkschaften folgende Gnadenfrist gibt: „Am gegenwärtigen Stadium der sozialen Revolution darf die Organisation der Betriebsräte und ihre verantwortliche Leistung nicht in die aus dem kapitalistischen Produktionsprozeß sich ergebenden Lohn- und Arbeitskämpfe eingreifen.“ Wenn ein Däumig als Kenner der Massenkampftheorie gezwungen ist, solch gewaltsame Zerlegung des proletarischen Emanzipationskampfes zwischen heute und morgen vorzunehmen, dann muß diesmal die von ihm vertretene Sache auf schwachen Füßen stehen.

Aber abgesehen von dem völlig unsachlichen und unbegründeten Eingreifen der Zentrale in das gewerkschaftliche Aufgabengebiet, handelt sie auch durchaus gegen das Leipziger Aktionsprogramm, in dem es heißt:

„Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat leitet die Befreiung der Arbeiterklasse ein.“

Zur Durchführung dieses Kampfes bedarf die Arbeiterklasse der Unabhängigen Sozialdemokratie, die rückhaltlos auf dem Boden des revolutionären Sozialismus steht, der Gewerkschaften, die sich zum unverfälschten Klassenkampf bekennen und zu Kampforganisationen der sozialen Revolution umzugestalten sind und des revolutionären Räteprogramms, das die Arbeiter zum revolutionären Handeln zusammenfaßt.

In demselben Augenblick, in dem man aber die eigentlichen revolutionären Aufgaben der Betriebsräte, d. h. den Einfluß auf die Produktion ausschließlich in eine Sonderzentrale verlegt und diese eigentliche sozialistische Tätigkeit internistisch der Gewerkschaftssphäre entzieht, werden die Gewerkschaften zu simplen Tarifmaschinen herabgewürdigt. Es ist mehr als Scheinheiligkeit, in einem Atemzug über die mangelnde Revolutionierung der Gewerkschaften zu klagen und ihnen gleichzeitig ihre ureigensten Aufgaben des wahren Klassenkampfes bis auf den letzten Rest abzunehmen. Die Trennung der Betriebsräte von den Gewerkschaften bedeutet für diese die Entfernung des wichtigsten revolutionären Elements. Die Revolutionierung der Gewerkschaften würde auf diese Weise zur Unmöglichkeit, ihre Ausübung als Instrument des Klassenkampfes zur höchsten Vollendung gebracht. Es gehört auch mehr Rede- als Mädetalent dazu, der Arbeitererschaft zu erzählen, sie könne die in den Richtlinien angedeuteten Erweiterungen der gesetzlichen Befugnisse betriebsweise oder mit Hilfe der „Zentrale der Betriebsräte“ erringen. Man müßte die ganzen derzeitigen Kräfteverhältnisse verkennen, um zu glauben, daß die Forderungen des jetzigen Betriebsrätegesetzes anders als durch große geschlossene Gewerkschaftskämpfe überwunden werden könnten. Oder sollen sich etwa auch in Zukunft die einzelnen Betriebsbelegschaften nutzlos im Einzelkampf verbluten? Vielleicht denkt die Zentrale aber, diese notwendigen großen Kämpfe zu führen und den Gewerkschaften lediglich die nachträgliche Finanzierung zu überlassen. Bei dem gesteigerten Selbstbewußtsein der Zentrale liegen solche Gedanken keineswegs im Bereich der Unmöglichkeit.

Die Erfahrungen aus dem letzten Metallarbeiterstreik zeigen deutlich, wohin eine solche gewerkschaftliche Doppelregierung führen muß.

Zu den offensichtlich verschwiegenen geschichtlichen Tatsachen gehört schließlich, daß auch im Sowjetrußland die Gewerkschaftsverbände Träger der Rätebewegung sind. Im Aufbruch der russischen Zentralsovjets der Gewerkschaftsverbände aus allerlester Zeit heißt es u. a.:

„Die Gewerkschaftsverbände sind auf dem Boden der kapitalistischen Ausbeutung als Organe des Klassenkampfes entstanden und dann im Feuer der sozialen Revolution und unter dem unmittelbaren Druck neuer Verhältnisse, die sich durch die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln gebildet haben, zu Organen des sozialistischen Aufbaues und zur stärksten Stütze der Sowjetregierung geworden.“

So wird es auch in Deutschland sein. Entweder: die Rätebewegung wird mit den Gewerkschaften vereint erfolgreich sein oder sie wird nicht sein.

Und Oskar Rusch von der Berliner Gewerkschaftskommission läßt sich zu der Angelegenheit in demselben Sinne aus; er schreibt:

In Nr. 167 der „Freiheit“ vom Sonntag, den 9. Mai 1920, habe ich nach Bekanntgabe eines Beschlusses des Reichsverbandes der deutschen Industrie in einem Artikel: „Neue Erschütterungen des Wirtschaftslebens“ darauf hingewiesen, daß dem Proletariat neue schwere Kämpfe bevorstehen. Die Unternehmer, die durch das Steigen der Valuta nicht mehr in der Lage sind, ihre Erzeugnisse mit Riesengewinnen im Auslande abzusetzen, drängen unter Anwendung der Rautschußbestimmungen des Betriebsrätegesetzes auf neue Streiks, um somit einen neuen Sturz der Valuta herbeizuführen. Sie wollen damit nicht nur aufs neue die Möglichkeit zu unge-

heuren Valutaspekulationsgewinnen bekommen, sondern sie würden auch, die Schuld an dem Sturz der Valuta auf die streikenden Arbeiter abwälzend, die Möglichkeit haben, erneut auf die Beseitigung des ihnen verhassten Achtstundentages einwirken zu können und das von ihnen schon lange geforderte Antistreibgesetz versuchen durchzusetzen. In dem genannten Artikel habe ich die besonderen, sich aus dem Betriebsrätegesetz ergebenden Streitpunkte des näheren erläutert und am Schluß des Artikels gefordert, daß der Kampf sich nicht in Einzelaktionen verlieren und die Stoßkraft des Proletariats in diesem wirtschaftspolitischen Kampf auch durch das Sondervorgehen von, nach Parteizugehörigkeit zusammengefaßten, Betriebsräten nicht geschwächt werden darf.

Zu dieser letztgenannten Bemerkung gab Veranlassung die Haltung der Betriebsrätezentrale Groß-Berlin; jener Organisation im Rahmen der Parteioorganisation, deren Stellung durch die praktische Anwendung des Betriebsrätegesetzes einer Klärung und Begrenzung bedarf. Wer ist die Betriebsräteorganisation? Die Nachfolgerin des Berliner Vollzugsrats, jener in den Novembertagen des Jahres 1918 ins Leben gerufenen Körperschaft, deren Daseinsberechtigung neben der Partei als selbständige Körperschaft man anzweifeln kann. Der Vollzugsrat, nach der Uebernahme der politischen Macht durch die rechtssozialistisch-bürgerliche Regierung von dieser gehebt und verfolgt, verfiel der Auflösung. An seine Stelle traten dieselben Genossen die Betriebsrätezentrale, sich nicht mehr nur mit den Aufgaben der politischen Aufklärung und der Vorbereitung der Organisation der politischen Räte befassend, sondern von Tag zu Tag mehr ihre Aufmerksamkeit der Erledigung rein wirtschaftlicher Fragen zuwendend. Ihren politischen Charakter vollständig verlierend, wandten sich die Genossen der Betriebsrätezentrale nach der Wahl der Betriebsräte vornehmlich der Erledigung gewerkschaftlicher Aufgaben zu. Sie treten somit als Konkurrenzorganisationen der Gewerkschaften auf und bedrohen die Gewerkschaften in ihrem Bestand.

In der Versammlung im Zirkus Busch beschäftigte sich die Betriebsrätezentrale, wie die „Freiheit“ vom 10. Mai berichtet, mit rein gewerkschaftlichen Fragen und wandte sich in einer Resolution auf das entschiedenste gegen die Berliner Gewerkschaftskommission, die ihrerseits die Betriebsräte zur Erledigung gewerkschaftlicher Fragen zusammenfassen will. Damit ist die schon seit geraumer Zeit vorhandene Spannung zwischen den Berliner Gewerkschaften und der Betriebsrätezentrale akut geworden und die einheitliche Abwehr des rigorosen Vorgehens der Unternehmer, wie ich es in der „Freiheit“ am 9. Mai darlegte, in Frage gestellt.

Die Gewerkschaften sowohl wie die Partei haben alle Veranlassung, sich nunmehr mit der Frage der Stellung der Betriebsrätezentrale und mit den Aufgaben, die dieser gestellt werden, zu beschäftigen. Diese Notwendigkeit ergibt sich besonders nach dem Artikel des Genossen Däumig, der als Vorsitzender der Partei in Nr. 171 der „Freiheit“ vom 12. Mai unter der Ueberschrift: Räteorganisation oder Gewerkschaftsfiliale“ einen Artikel veröffentlicht, der sich, wie die in der Busch-Versammlung schon angenommene Resolution mit der Frage, ob die Gewerkschaften die Betriebsräte zusammenfassen dürfen, beschäftigt und der Bezug nimmt auf das Parteiprogramm der Unabhängigen Partei. Ich will vom Standpunkt des Gewerkschaftlers und Parteigenossen diese Frage gleichfalls untersuchen. Als bei der Uebernahme der politischen Macht im November 1918 die oberste revolutionäre Körperschaft in Deutschland, der Vollzugsrat, die politische Macht übernahm, wurde in zirka 12stündiger Beratung den Gewerkschaften die Aufgabe, das Wirtschaftsleben Deutschlands zu kontrollieren, übertragen. Dieser Aufgabe sind die Gewerkschaften, weil nicht revolutionär, nicht gerecht geworden. Immerhin zeigt dieser Beschluß jedoch, daß die Räte bei Uebernahme der politischen Macht nicht in der Lage sind, das Wirtschaftsleben zu kontrollieren bzw. zu leiten. Dieselbe Erfahrung brachte die weitere Entwicklung der russischen Revolution. Auch in Rußland sind die bestehenden Gewerkschaften revolutioniert und mit der Aufgabe der Leitung der Wirtschaft betraut worden. Die Kandidaten der Gewerkschaften leiten, von den politischen Räten beauftragt, das Wirtschaftsleben Rußlands. Die politischen Räte werden zusammengefaßt aus den revolutionären politischen Parteien. Wir sehen also auch in der russischen Revolution die Dreigliederung: Partei, politische Räte und Gewerkschaften. Würde in Deutschland nicht gleichfalls der Koloss der Gewerkschaften revolutioniert und im Augenblick der Uebernahme der politischen Macht mit der Leitung des Wirtschaftslebens betraut werden, so würde die Leitung der Wirtschaft durch die Arbeiterklasse zur Unmöglichkeit. Reigt sich doch, daß während der 16 Monate Revolution in Deutschland die revolutionären Parteien nicht in der Lage waren, ein „wirtschaftliches“ Räteinstitut zu schaffen, das im Augenblick der Uebernahme der politischen Macht in der Lage wäre, die Wirtschaft zu leiten.

(Schluß folgt.)

# An die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes!

## An die Ortskartelle der Arbeitsgemeinschaft Freier Angestelltenverbände!

Die Wahlen zu den Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten stehen vor ihrem Abschluß. Die neugewählten Betriebsvertretungen haben in erster Linie Arbeitnehmerinteressen zu vertreten; sie sollen gleichzeitig dafür sorgen, daß künftig in der Warenherzeugung und Warenverteilung nicht lediglich private Gewinnrückichten maßgebend bleiben, sondern den allgemeinen volkswirtschaftlichen Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung Rechnung getragen wird. Die Handlungen der Betriebsräte dürfen jedoch nicht vom Betriebsegoismus einzelner Belegschaften getragen sein. Das solidarische Empfinden der gesamten werktätigen Bevölkerung und das Streben nach Verwirklichung gemeinwirtschaftlicher Gedanken sind die unbedingten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit der Betriebsräte.

Diese großen Aufgaben können die Betriebsräte nur in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften erfüllen. Dabei müssen Hand- und Kopfarbeiter zusammenwirken. Die Schwierigkeiten, die durch die getrennte Organisation von Arbeitern und Angestellten hierbei entstehen, können und müssen überwunden werden.

Die unterzeichneten Zentralstellen der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten sind dahin übereingekommen, alle Maßnahmen zur Durchführung der Aufgaben der Betriebsräte gemeinsam zu treffen und zu diesem Zwecke eine gemeinsame

### Gewerkschaftliche Zentrale der Betriebsräte

einzurichten. Diese wird bis auf weiteres im Bureau des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S.O. 16, Engelauer 15 IV, ihren Sitz haben.

Die Gewerkschaftliche Zentrale der Betriebsräte wird die Richtlinien für die Betriebsräte in kürzester Frist den Ortsausschüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und den Ortskartellen der Afa übermitteln. Ortsausschüsse und Ortskartelle müssen in gleicher Weise wie die Zentralstellen gemeinsam arbeiten, um die Tätigkeit der Betriebsräte in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Zu diesem Zwecke sind die Betriebsräte in die Gesamtorganisation der Gewerkschaften einzugliedern. Eine örtliche Zusammenfassung nach Industriegruppen, wie sie durch die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin und Hamburg bereits vorgeesehen ist, wird sich als zweckmäßig erweisen. Hierbei darf eine Trennung zwischen den Mitgliedern der Betriebsräte, die aus Arbeiter- und aus Angestelltenkreisen gewählt sind, nicht eintreten. Die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und die Ortskartelle der Afa müssen gemeinsam eine örtliche Zentralstelle für die Betriebsräte einrichten.

Mitte Juni wird die nach Beschluß des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes herauszugebende Betriebsrätezeitung erscheinen. Die von der Afa bereits herausgegebene Zeitung „Der Betriebsrat“ wird fortbestehen. Ob eine Verschmelzung der beiden Organe möglich und zweckmäßig ist, wird später entschieden werden.

Durch diese Zusammenarbeit der Betriebsräte mit den gewerkschaftlichen Organisationen muß ein gewaltiger wirtschaftlicher Faktor entstehen, der nicht nur zur Gesundung unseres Wirtschaftslebens von den Folgen des Krieges, sondern zu seiner Umgestaltung zum Segen aller Arbeitenden entscheidend beitragen wird.

Jede Organisation der Betriebsräte, die einer bestimmten politischen Partei dienen soll, muß diesen naturgemäßen Entwicklungsgang stören. Wer aus parteipolitischen Gründen eine Sonderorganisation der Betriebsräte erstrebt, schwächt die wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse. Diese kann und darf sich für die nächste Zeit und für absehbare Zeit nur in den Gewerkschaften konzentrieren und muß eins mit ihnen sein.

Nähere Anweisungen über die Durchführung dieser Organisation werden den Ortsausschüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und den Ortskartellen der Afa durch die unterzeichneten Zentralstellen direkt übermittelt werden.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, E. Legien.

Die Arbeitsgemeinschaft Freier Angestelltenverbände  
Aufhäuser, Urban, Klinge.

## Für die Praxis unserer Betriebsräte.

Von W. Sager.

Auf die Betriebsräte prasselt gegenwärtig eine Flut von Ratschlägen, An- und Unterweisungen, Verhaltensmaßregeln, Richtlinien usw. hernieder. Regionen berufen und unbefehener Geister preisen den Betriebsräten ihre unerschöpflichen Mittel zur Erlösung des Proletariats an. Kurz, die Betriebsräte sind gegenwärtig die umworbenen, begünstigten, geschätzten, umschmeichelten Institutionen in der Arbeiterbewegung. Es ist nur verwunderlich, daß die in schwerer Berufsarbeit, im Kampf um das tägliche Brot, in steten Kämpfen mit den Unternehmern stehenden Arbeiter noch die Geduld besitzen und das alles über sich ergehen lassen.

Die Prüfung des Rufes von gedrucktem, ermitteltem und unermitteltem „Betriebsräte-Rat“ auf seinen Gehalt ergibt, daß die Erzeugnisse des marktstreiferischen Mosbesserwiffertums entweder recht ansehnliche Blüten oder ganz gewöhnliche Mittelmäßigkeiten sind. Es ist hier genau so wie ehemals im Warenhandel. Die pompöse Aufmachung täuscht nur und nachher kommt die Enttäuschung.

Deshalb wäre es besser, es würde nicht mit solchen Mitteln gearbeitet.

Die Menschen, die sich herausarbeiten wollen und sollen, die Einrichtungen, aus welchen sich das Proletariat Stützpunkte des Massenkampfes machen wird und muß, sind doch eigentlich zu gut und zu schade für Rat- und Organisationskünstler.

Die Kräfte, die in diesen Kreisen am Werke sind, haben wahrlich genug Gelegenheit zu nützlichender Betätigung in der Arbeiterbewegung. Die Kämpfe der Proletarier sind schwer und opferreich genug, als daß man sie noch mit Opfern von Experimentierkünsten belastet.

Die Spaltung innerhalb des Proletariats ist ebenfalls groß genug, um weitestgehend — Ansprüche zu genügen, und es wird Zeit, höchste Zeit, daß die Arbeiter den Ganzwurstfaden, die man mit ihnen zum Gaudium der Arbeitgebererschaft aufzuführen möchte, ein Ende bereitet.

Wir sind die letzten, die vom Betriebsrätegesetz befriedigt sind. Wir haben dies wiederholt ausgesprochen und werden nicht verfehlen, auch in Zukunft auf seine völlige Unzulänglichkeit hinzuweisen und alle Hebel in Bewegung zu setzen für seine Umgestaltung.

Wir leugnen auch nicht im mindesten, daß eine allgemeine organisatorische Umgestaltung der Gewerkschaften im Hinblick auf die völlig veränderten und politischen Verhältnisse nötig erscheint. Für ebenso wichtig halten wir die Herstellung einer einheitlichen und geschlossenen proletarischen Front und die innere Revolutionierung der Gewerkschaften.

Das alles sind Binsenwahrheiten, die auszusprechen, Klassenangelegenheiten gegenüber überflüssig sein sollte.

Aber wir wissen außerdem, daß es mit dem Wissen dieser Dinge allein nicht getan ist, daß es darauf ankommt, die Dinge und Schwierigkeiten der Gegenwart zu meistern. Es muß ein Hindernis nach dem andern aus dem Wege geräumt, es darf das Nächstliegende wegen des Fernliegenden nicht aus dem Auge verloren werden. Deshalb müssen wir — „müssen“ aufgefaßt als Verpflichtung gegenüber der Gesamtheit — Sprosse um Sprosse der Leiter erklimmen, im Tempo der Kraft der Gesamtheit, nicht nur des eigenen oder des Könnens einzelner Personen oder einzelner Gruppen.

Der proletarische Führer hat gar kein Recht, unter Gefährdung des Zusammenhanges mit der Gefolgschaft vorzustoßen. Das mag schneidig ansehnlich und bei Ausführung von Bravourstücken geachtet sein. Zum Klassenkampf des Proletariats taugt es wie die Faust aufs Auge. Diese Bravourtakte fordern überflüssige Opfer, die schließlich und endlich nur die Kraft der Arbeiterklasse belasten.

Wir alle haben als Klassenbewußte Menschen die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, die Kampfmethoden, die Bestrebungen zur Lösung von Organisationsproblemen usw. statt auf den theatralischen Knalleffekt auf die praktische Wirkung der Gegenwart einzustellen bzw. bei jeder Gelegenheit unserer Stellungnahme zu Zeit- und Streitfragen uns die Frage vorzulegen: Welche Vor- und Nachteile können daraus für die proletarische Gesamtheit und ihre Ziele entstehen?

Und es kann dann allerdings leicht der Fall eintreten, daß in der Arbeiterbewegung an exponierten Stellen stehende Personen im Interesse der Wahrheit und zur Wahrung der Arbeiterinteressen einmal den Mut aufbringen müssen, um den durch Schreien und Schlagworte unverantwortlicher Akteure künstlich aufgereizten Mitgliebereiferen entgegenzutreten. Wer etwas versteht und es ehrlich mit seiner Tätigkeit in der Arbeiterbewegung meint, wird diese Pflicht uneingeschränkt anerkennen und üben.

Und wehe den Arbeitern und der Arbeiterbewegung, in der solche Grundtöne keinen Boden finden, wo statt ehrlicher Ueberzeugung und Wissen der Schmeichler Ton und Richtung angibt!

Geleitet von dem Vertrauen auf den gesunden Sinn unserer Kollegenschaft haben wir unter abschätziger Beiseitlassung alles überflüssigen Aufwandes unsere Tätigkeit für die Betriebsrätebewegung innerhalb der Textilindustrie und unseres Verbandes entfaltet. Bei der Größe des Aufgabenkreises der Betriebsräte wird das Material, welches wir unsern Betriebsratskollegen als Richtlinien, Anweisungen, Muster und dergleichen an die Hand geben, sehr bald einen Umfang annehmen, der es bedingt, daß von Zeit zu Zeit einige Fingerzeige bezüglich seiner An- und Verwertung gegeben werden.

Bei jeder von uns stammenden Arbeit ist Rücksicht genommen auf Verständlichkeit. Das hat zur Folge Ausführlichkeit. Schrankenlose Ausführlichkeit birgt jedoch die Gefahr der Unverständlichkeit in sich. Auch darauf ist Bedacht genommen bei unsern Arbeiten. Es liegt im Charakter auf Verständlichkeit abzielender erdöpfender Ausführungen, daß da und dort bereits Bekanntes gesagt und angeführt und dadurch mitunter der Eindruck des Lehramtlichen der Arbeiten erweckt wird.

Dieser Effekt ist von uns nie Absicht. Wir geben allen denen unserer Kollegenschaft, die das von uns gebotene Material bereits ganz oder teilweise kennen, zu bedenken, daß wir uns an einen außerordentlich großen Kreis verschieden veranlagter Menschen wenden und mit ihm verständigen müssen.

Außerdem gibt es Dinge, die, obgleich bekannt, gar nicht oft genug wiederholt werden können.

Zum erfolgreichen Wirken unserer Betriebsräte und Betriebsobleute gehört vor allem Systematik. Es werden uns aus einer Reihe von Orten Schwierigkeiten gemeldet, die dadurch entstehen, daß der Unternehmer dem Betriebsrat bei Kündigungen, Änderungen in der Arbeitszeit und dergleichen das Mitbestimmungsrecht abspricht. Diese Fälle können sich in ein und demselben Betriebe häufen und die Arbeitsfreudigkeit und die Kraft des Betriebsrats derartig belasten, daß die Kollegen gar bald ihrer Funktion müde werden. Um den Unternehmern die Möglichkeit zur Dressur und Schifane des Betriebsrates zu nehmen, ist es deshalb klüger, den Kampf mit ihm nicht auf dem unsicheren Rechtsboden vielseitig deutbarer Einzelsfälle, sondern statt dessen um eine Vereinbarung fortschrittlicher Richtlinien über Einstellungen und Entlassungen zu führen.

Wie wir, um nicht jede Woche um den Arbeitslohn feilschen zu müssen, Tarife abschließen, so können wir als Betriebsräte ebenfalls bezüglich des Mitbestimmungsrechts bei Vorfällen analog dem angeführten Beispiel vorgehen, wobei wir uns außerdem auf die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes stützen können.

Auch wenn die zwischen Betriebsräten und Unternehmern so vereinbarten Richtlinien die Kollegen nicht voll befriedigen, sind sie besser als der wilde Zustand, in dem sich wegen jedes Einzelsalles Differenzen ob der grundsätzlichen Behandlung ergeben. Auf dem Boden allgemeiner Vereinbarungen besteht dann bloß noch Streitmöglichkeit über die Auslegung, die dann ohne gegenseitige aufreibende Erbitterung vor neutralen Instanzen, wie Schlichtungsausschüß usw., ausgetragen werden können. Für uns als Gesamtheit ergibt sich daraus der Vorteil, daß wir die Kräfte unserer Betriebsratskollegen nicht mit Nichtigkeiten aufreiben und ausgeben. Außerdem steht der Vereinbarung über Einstellungen und Entlassungen, wie sie vom Gesetz zwischen Betriebsrat und Unternehmer vorgegeben sind, nichts entgegen, wenn

diese Sache großzügiger, entweder örtlich oder noch besser bezirksweise, unter führender Mithilfe unserer Verbandsfräfte geregelt wird. Bei künftigen Tarifbewegungen wird überhaupt mehr auf solche Rechts- und Einflußgebiete der Arbeiterklasse Rücksicht genommen werden müssen.

Ähnliches ist von der Arbeitsordnung zu sagen. Auch sie enthält eine solche große Anzahl von Zeitfragen, die in Summa Summarium Beachtung und Ordnung beanspruchen, die aber, einzeln aufgerollt, die Kräfte der Betriebsräte zermürben würden. Es ist deshalb praktisch, wo und soweit es die Umstände gestatten, auch die Arbeitsordnung korporativ (tariflich) und nur dort, wo es gar nicht anders geht, ausnahmsweise zwischen Betriebsrat und Unternehmer zu vereinbaren. Wir wollen bei dieser Gelegenheit gleich darauf hinweisen, daß durch Beschluß der Nationalversammlung mit Zustimmung des Reichsrates der § 80 Absatz 3 des Betriebsrätegesetzes dahin abgeändert ist, daß statt: „so ist binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes eine neue Arbeitsordnung zu erlassen“, es jetzt dort heißen muß: „so ist spätestens bis zum 1. September 1920 eine Arbeitsordnung zu erlassen“.

Bekanntlich beabsichtigt die Regierung, selbst eine geeignete Normalarbeitsordnung bis dahin auszuarbeiten. Allen als Betriebs- und Arbeiterräten und Betriebsobleuten tätigen Kollegen und Kolleginnen empfehlen wir auf das dringendste, die von uns herausgegebenen Anweisungen zu beachten. Von besonderer Wichtigkeit ist es, daß sie untereinander am Ort über derartige Angelegenheiten häufige und gründliche Aussprache pflegen und sich dabei der Unterstützung der örtlichen Verbandsleitung bedienen. In allen wichtigen Angelegenheiten wird auf Wunsch außerdem auch von der Hauptverwaltung soweit als möglich Hilfe gestellt.

## Weltmarktpreise und Weltarbeiterlöhne.

Die Anregung des Kollegen Max Zimmermann aus Mochdorf, Weltarbeiterlöhne zu erstreben, steht für einen Unbefangenen sehr verlockend aus. In Wirklichkeit dürfte aber damit das Gegenteil erreicht werden, als was erstrebt werden soll.

Der Kollege wünscht Ausgleich der Weltmarktpreise und Weltarbeiterlöhne, um dem Arbeiter ein auskömmliches Leben zu sichern. Ich will versuchen, den Nachweis zu führen, daß das Gegenteil erreicht würde, weil ein Erreichen der Weltmarktlöhne gar nicht möglich ist.

Die freie Wirtschaft, also die Weltmarktpreise, werden von den Großindustriellen und den Großgrundbesitzern erstrebt. Schon dieses muß genügen, Klarheit darüber zu schaffen, daß Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht im Interesse der Arbeiter, sondern im Interesse der Großindustriellen und Großgrundbesitzer liegt.

Angenommen, die Zwangswirtschaft wäre am 1. Januar 1919 aufgehoben worden. Angenommen, auch den günstigsten Fall, untere Löhne wären damals Weltmarktlöhne gewesen. Was wäre nun seit dieser Zeit vom 1. Januar 1919 bis heute eingetreten? 100 deutsche Mark galten in Friedenszeiten in Zürich 123, am 2. Januar 1919 60 50, Ende Februar aber 6 15, das heißt: am 2. Januar 1919 hatte die deutsche Mark die Hälfte des Wertes (50 Pf.), Ende Februar aber nur noch den 20. Teil, sind 5 Pf. Wie hoch wären nun in Deutschland die Weltmarktpreise? Während des Krieges sind die Weltmarktpreise im allgemeinen wegen Mangel an Waren um zirka 100 Proz. gestiegen. Die Preise sind also noch einmal so hoch, wie vor dem Kriege. Was vor dem Kriege 1 Mt. gekostet hat, würde also jetzt 2 Mt. plus 100 Proz., sind 4 Mt. kosten. Ende Februar würden dieselben Waren aber 20 Mt. plus 100 Proz., sind 40 Mt., gekostet haben. Das ist natürlich immer nur der Durchschnittspreis. Verschiedene Waren würden darüber oder auch weniger kosten, je nach Angebot und Nachfrage.

Der Abgrund, der sich hier auftritt, ist einfach ungeheuer. Er gibt sich kund in den Warenpreisen, die im freien Handel erscheinen. Ja: Weltarbeiterlöhne! rufen uns nun die Kollegen zu. Wie hoch müßten diese wohl in Deutschland sein?

Angenommen, der Durchschnittslohn hätte vor dem Kriege 40 Pf. betragen. Er hätte müssen betragen am 2. Januar 1919 80 Pf. und 100 Proz., sind 160, Ende Februar 20, aber 20mal 40 und 100 Proz., sind 16 Mt. die Stunde, pro Woche 736 Mt. oder pro Jahr 38 272 Mt. Kann irgendein Kollege glauben, daß derartige Lohnsteigerungen möglich wären, ohne wirtschaftliche Erschütterungen herbeizuführen? Wäre es möglich gewesen, die Löhne um nur einigermassen mit den ungeheuer emporschneidenden Lebensmittelpreisen in Einklang zu halten? Wer den Kampf bei den Tarifverhandlungen kennt, wird das verneinen müssen. Die Einführung der Weltmarktpreise würde nur den Großgrundbesitzern auf Kosten der Arbeiter zu Gute kommen, denn die Landarbeiter würden doch zweifellos die Weltmarktlöhne nicht erhalten.

Aber auch eine andere Frage spielt hier eine große Rolle mit und hätte zweifellos wieder einen Einfluß auf unser ganzes Wirtschaftsleben und den Stand unserer Volkswirtschaft. Stelle man sich vor, was für eine ungeheure Masse von Papierscheinen notwendig gewesen wäre, derartige Lohnsummen auszugeben und in Zirkulation zu setzen. Wenn man weiß, daß Angebot und Nachfrage den Wert einer Ware beeinflussen und den Preis regeln, wenn man ferner weiß, daß auch Geld, auch Papierscheine, eine Ware ist, deren Preis durch Angebot und Nachfrage geregelt wird, so kann man sich auch ohne weiteres vorstellen, welcher unheilvolle Einfluß auf den Stand unserer Volkswirtschaft ausgeübt worden wäre. Die Inflation, von der in neuerer Zeit oft gesprochen und gesprochen worden ist, wäre noch um das Vielfache größer, und deshalb auch die unheilvolle Wirkung dieser künstlich aufgebauten (aufgeblähten) Kaufkraft. Ganz richtig hat schon die Redaktion darauf geantwortet. Durch die künstlich gesteigerte Kaufkraft wären die Preise noch viel höher gestiegen, und die Arbeiter hätten trotz gesteigerter Löhne keine Verbesserung ihrer Lebenslage erreicht.

Denn der Kaufkraft des Volkes muß auch das Angebot der Ware entsprechen. Nun wird der Kollege sagen: „So, wir können Weltmarktpreise zahlen, da werden wir auch Waren einführen können.“ Das stimmt aber nicht ganz, denn je mehr Waren wir einführen, wofür wir nicht Waren ausführen, je mehr wird unsere Volkswirtschaft herabgedrückt, die Weltmarktpreise würden noch mehr steigen, und die Lebenslage würde noch mehr verschlechtert werden. Also zu einer Gesundung der Verhältnisse würde das nicht führen. Gewiß

werden wir wieder zu Weltmarktpreisen kommen, aber nur durch Hebung unserer Valuta. Wie das noch erreicht werden wird, ist eine Frage der Zeit. Im kapitalistischen System wird es schwer halten oder überhaupt nicht möglich sein, zu gehenden Verhältnissen zu kommen. Das zeigt sich jetzt am besten, wo unsere Valuta wieder im Steigen begriffen ist. Wir erwarten Besserung unserer Lage durch das Steigen der Kaufkraft unseres Geldes, und was tritt ein? Wirtschaftliche Erschütterungen, wirtschaftliche Krisen.

Kurz, um zum Abschluss zu kommen: Abbau tut uns not! Aber nicht Abbau der Zwangswirtschaft, sondern Abbau der kapitalistischen Produktionsweise. Der Kapitalist produziert nur des Profites willen, deshalb weg damit! Wir wollen den Sozialismus und die Produktion für den Bedarf. Nur das kann uns retten vor dem drohenden Untergang. Frage jetzt bei den Reichstagswahlen jede Leserin und jeder Leser dazu sei, das Ziel zu erreichen!

Die Behandlung der Frage der „Kinderzulage“ überlasse ich einem anderen. Th. Philipp.

Im „Textilarbeiter“ vom 21. Mai d. J. befindet sich auf der ersten Seite ein Artikel mit der Überschrift „Löhne — Preise“ und dem Schlußsatz: „Doch die Frage steht zur Erörterung: Wer wünscht das Wort?“ — Ich bitte darum.

Der Kollege aus Sachsen sagt, er sei Familienvater von 7 Kindern. Es ist ja dieser Umstand für einen Arbeiter ein recht trauriger, nicht nur in der heutigen Zeit, sondern dieser Zustand bestand bei dem Betroffenen unbedingt in seiner ganzen Größe vor dem Kriege mindestens ebenso in seiner Familie, denn selbst vor dem Kriege konnte sich der Arbeiter, welcher mit dem Zeitgeist mitgegangen ist, keine sieben Kinder leisten, wenn er selbst nicht ein Kammerleben führen wollte. Viele Arbeiter hatten dies auch längst erkannt und sich danach eingerichtet. Ich selbst bin aus einer sehr kinderreichen Familie, meine Eltern hatten ja „nur“ 17 Kinder gezeugt. Ich wurde 1861 in Berlin geboren, und da war es ja auch nur möglich, da der Arbeiter noch unaufgeklärt dahinvegetierte, nach dem Motto: „Viel Kinder, viel Segen“. Ich habe ja das Glend als Kind in einer kinderreichen Familie durchgemacht und dies als trauriges Vorbild in meinem Leben stets im Auge gehabt, um es nicht ebenso zu machen. Denn ich hätte vollkommene zu tun, um drei Kinder beständig groß zu ziehen.

Nun kommt der Kollege auf den Verband zu sprechen und wirft ihm vor, daß derselbe die Tarife nicht gerecht ausarbeite. Ja, Kollege, das ist leichter gesagt als getan. Würde der Verband danach arbeiten, so bin ich der Ansicht, daß die Arbeitgeber für die Folge danach trachten würden, Arbeiter einzustellen, welche nicht so viele Kinder haben, und es würde dann den kinderreichen Familienvätern nicht gedient sein, denn sehr häufig hört man die Arbeiter, wenn auf diesen Punkt die Rede kommt, sagen (wenn selbige wenige oder keine Kinder haben): „Ich arbeite doch nicht billiger zur Strafe dafür, daß ich überlegter gehandelt habe, als mein Kollege.“ Und die Unzufriedenheit läge auf der anderen Seite. Demnach ist der kinderreiche Familienvater in seinem Glend so weiter, und es wird scheinbar so bleiben. Darum sage ich: Arbeiter, geht mit dem Zeitgeist mit, sonst kommt Ihr unter die Räder.

Ja, ja, der Arbeiter lebt jetzt genau so traurig wie früher. Und woran liegt es? Weil die Arbeiterchaft sich leider untereinander nicht einig ist. Wäre sie es, dann, aber auch nur dann, ginge es den Arbeitern besser, denn alle Macht haben sie in ihren Händen. (Alle Räder stehen still, wenn mein harter Arm es will.) Siehe „Rapp-Busch“. Und würde diese Macht richtig angewendet, dann könnten wir mitbestimmen in jeder Lage. Leider sieht man aber genau wie früher, genau das Gegenteil. Die Arbeiter bekämpfen sich selbst. Das Volk ist noch nicht reif zum Regieren, den Beweis hat die Arbeiterchaft erbracht. Wer heute den größten Mund hat, dem rennt der Arbeiter nach, das sieht man täglich in den Versammlungen, und diejenigen, welche den „größten“ haben, sind nur die, welche sich früher niemals um Organisation gekümmert haben. Z. B. erinnere ich mich noch recht genau, wie in den 90er Jahren in Berlin ein großer Streik war, um diesen zu gewinnen, war es notwendig, daß auch die Straßenbahner mitwirkten. Was war aber die Folge? Die Wagen wurden am Rosenkaler Tor umgeworfen und die Straßenbahner schlugen mit ihren eisernen Weichenstellungen „immer feste drauf“ auf ihre streikenden Arbeitsbrüder, so daß viele am Ströhendamm liegen blieben.

Alle heute noch dasselbe Bild, nur in anderer Farbe! — Darum sage ich, es ist mit Gewalt nichts zu machen, nur auf anständigen gesetzlichen Wegen können wir weiter und haben alle Macht, und nur dann, in Händen.

Darum auf zur Reichstagswahl! Weibe keiner zurück, wähle jeder nach seiner Überzeugung, lasse sich niemand versprechen, was nicht zu erfüllen ist! — Prüfen wir vorher unsere Kandidaten, ob sie auch ihre Pflicht erfüllen wollen, und nicht etwa so, wie in der Nationalversammlung, wo von circa 460 Abgeordneten in der ganzen Periode 3—100 Abgeordnete anwesend waren und Geleise fabrizierten. Da war es doch früher ein anderes Leben, es waren die Arbeitervertreter eben andere Männer wie heute, sie bekamen keine Diäten und zählten so gut wie niemals. Die Arbeiterchaft brachte durch ihre „berühmten Groschen“ alles beisammen.

Aber wir hatten auch gute Vorbilder in unseren August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Paul Singer, Franz Auer usw. Heute bekommen die Herrschaften circa 1000 Mk. pro Monat und halten scheinbar mit dem Empfang der Gelder ihre Pflicht für erfüllt.

Zum Schluß: Auf zur Reichstagswahl mit eigener Überzeugung. Hugo Oweisch, Berlin-Hohenschönhausen.

### Englisches Tuch für deutsche Sicherheitspolizei.

Die deutsche Tuchindustrie wie überhaupt die deutsche Textilindustrie, ja die ganze deutsche Industrie, steht sich infolge mannigfacher Umstände bekanntlich vor eine Krise gestellt, die zu mildern sich jeder Deutsche nach Kräften bemühen sollte. Statt dessen scheinen gewisse Amtsstellen zu glauben, bei Deckung ihrer Bedürfnisse nur auf diese, nicht aber auf die deutsche Industrie Rücksicht nehmen zu müssen. Ist das an sich schon ein Versehen, das die schärfste Verurteilung verdient, so noch mehr, wenn selbst die gedachten Bedürfnisse nur in beschränktem Umfang durch Bevorzugung des Auslandes befriedigt werden können; der heimischen Industrie entgeht auf

diese Weise ein Auftrag und der Auftraggeber wird nur zum Teil befriedigt, das dem Auslande gebrachte Opfer also zum Teil vergeblich gebracht. Das ist in nachstehendem Fall geschehen.

Wie uns schon privatim gemeldet worden und durch eine Veröffentlichung in Nr. 258 der „Vossischen Zeitung“, Berlin, bestätigt worden ist, hat die Beschaffungstelle der Sicherheitspolizei 200 000 Meter Militärstoffe zum Preise von 75 Millionen Mark von einer englischen Firma bezogen. Eine weitere Einfuhrbewilligung für 400 000 Meter Militärstoffe zum Preise von 79,2 Millionen Mark soll bereits erteilt sein. Als Lieferantin wird die englische Firma Clelland angegeben.

Der Vorgang ist deshalb um so empörender, weil, wie behauptet wird, der gleiche Stoff in Deutschland um 105 Mk. pro Meter billiger zu stehen gekommen wäre. Er wäre auch gleich in gewöhnlicher Farbe geliefert worden, während der englische Stoff (schwarz) erst für seine Zwecke umgefärbt werden mußte, also eine noch weitere Verteuerung erfuhr.

Die Beschaffungstelle behauptet, sie sei gezwungen gewesen, ihre Zusucht ins Ausland zu nehmen, wenn sie rechtzeitig in den Besitz der Stoffe gelangen wollte. Demgegenüber muß aber die Frage gestellt werden, ob es nicht möglich war, die Stoffe früher zu bestellen — und wenn das nicht möglich war, ob sich die neue Bekleidung der Mannschaften nicht noch hätte weiter hinauschieben lassen. In jedem Fall mußte der deutschen Textilindustrie der Auftrag gesichert werden, besonders da sie billiger geliefert hätte und durch Beschäftigung größerer Arbeitermassen dem Reiche doch die auch in Betracht kommende Arbeitslosenunterstützung zu einem großen Teile erspart worden wäre.

Solange die deutsche Textilindustrie über Mangel an Beschäftigung zu klagen hat und konkurrenzfähig ist, sollte jede deutsche Behörde sich für verpflichtet halten, ihren etwaigen Bedarf an Textilwaren bei ihr zu decken.

In diesem Sinne ist unser Verbandsvorstand in einer Eingabe an das Preussische Ministerium des Innern (Minister Sebering) vorstellig geworden, und wir hoffen, daß dieses imstande sein wird, die deutsche Textilindustrie in Zukunft vor Schädigungen der besprochenen Art zu schützen.

Vom Ministerium des Innern wird hierzu folgende Erklärung abgegeben:

„Nach der ganzen Darstellung hätten die verantwortlichen Stellen unerhöht leichtfertig und gewissenlos gehandelt. Die nebenbei vollkommen unrichtige Darstellung (Preisfrage), über die gerichtlich in breiter Öffentlichkeit verhandelt werden wird, verdrängt aber vier Hauptpunkte, die zum Vorliegen des Ganzen unmittelbar erforderlich sind.“

1. Seit fast einem Jahr bemühte sich die Beschaffungstelle um Bekleidung für die Sicherheitspolizei. Sie hat, sichte, drängte schriftlich und mündlich — ein Aktenstöß entstand durch Schriftwechsel mit der Reichsbeschaffungstelle, mit dem Bekleidungsbeschaffungsamte, mit dem Kriegs-Garn- und Tuchverband, mit zwei Dutzend Tuchfabriken usw. — alles umsonst! Direkt merkwürdig klingen daher die Worte in dem Artikel: „Die Sicherheitspolizei soll rechtzeitig ihren Bedarf anmelden.“

2. Die Beamten der Sicherheitspolizei gingen schließlich nur in Lumpen. Ganze Hunderttausende, die schon seit Monaten in Westfalen, Sachsen, Schlesien aufgestellt sind, haben heute noch keine Bekleidung, tun in Zivil Dienst. Die Berliner Sicherheitspolizei, die am längsten besteht, hat seit einem Jahr nur ein und denselben Anzug, den sie innen- und außen-dienstlich tragen muß.

3. Durch diese Tatsachen wuchs die Mißstimmung der Beamten immer mehr. Die Beamtenchaft drohte zu zerfallen, und wem war damit gedient?

4. Nach all diesen Umständen mußte gehandelt werden, und zwar sofort, wenn nicht die ganze Organisation und damit die Sicherheit des Staates gefährdet werden sollte.

Daß von den verantwortlichen Stellen alles versucht wurde, billiger und im Inlande zu kaufen, daß die deutsche Industrie nicht in der Lage war, zu liefern, daß aber jetzt plötzlich in offenbarem Zusammenhang mit dem Steigen der deutschen Valuta Angebote an die Beschaffungstelle gemacht werden, das alles wird die anfangs erwähnte gerichtliche Feststellung ergeben.“

Die „Voss. Stg.“ bemerkt dazu:

„Der Zweck unserer Veröffentlichung ist erreicht, wenn durch eine gerichtliche Untersuchung festgestellt wird, daß die Beschaffungstelle der Sicherheitspolizei lediglich, weil sie sich nicht anders zu helfen wußte, die großen Tuchbestellungen in England gemacht. Vorläufig steht die Erklärung des Ministeriums des Innern noch in einem erheblichen Widerspruch zu den Angaben, die uns zu der Angelegenheit aus Kreisen der Tuchindustrie gemacht werden. Danach ist die Beschaffungstelle der Sicherheitspolizei mit Anforderungen von Tuchmengen niemals an die Industrie direkt herantreten. Sie hat allerdings den Versuch gemacht, durch Mittelspersonen Stoffe zu erlangen und durch diese Preisangebote gemacht, die über 150 Mk. pro Meter nicht hinausgingen. Auf die Entgegnung, daß wegen der Schwierigkeit der Beschaffung der Rohstoffe im freien Handel unter 170 bis 175 Mk. pro Meter nicht zu liefern sei, wurde erklärt, daß dieser Preis viel zu teuer sei. Die Tuchindustriellen behaupten, daß sie wiederholt und auch noch zu der Zeit, als die Verhandlungen mit der Firma Clelland geführt wurden, Kaufofferten gemacht haben.“

Interessant ist, daß die Mittelspersonen, durch die die Beschaffungstelle mit den Tuchindustriellen verhandelte, für sich Provision bis zu 10 Proz. — die übliche Provision beträgt 1½—2 Proz. — in den Preis einberechnet verlangte. Die hohe Provisionsforderung wurde damit begründet, daß für die Verteilung der Provision nicht nur sie, die Vermittler, in Betracht kämen.

Von der Firma Clelland sind übrigens auch anderen Reichsbeschaffungstellen (Post und Eisenbahn) Stoffe zum Kauf angeboten worden. Diese Angebote wurden jedoch abgelehnt, nicht zuletzt deswegen, weil von einer maßgebenden Stelle ein mehr als zurückhaltendes Urteil über die Firma Cl. abgegeben wurde.“

Wir können uns dem Wunsche der „Voss. Stg.“, daß die gerichtliche Untersuchung die Angelegenheit klarstellen möge, nur anschließen und halten mit unserem Endurteil bis zur Aufhellung des Tatbestandes zurück.

Die Veröffentlichung der „Voss. Stg.“ hat übrigens schon Erfolg gehabt. Von der vorgeordneten Dienststelle der Reichswirtschaftsstelle für Textilien, welche die Einfuhrgenehmigung

erteilt hatte, ist nunmehr diese Einfuhrbewilligung zurückgezogen worden. Wie wir weiter erfahren, sind Major Bauer, der Abteilungsvorstand der Beschaffungstelle der Sicherheitspolizei, und deren kaufmännischer Leiter, Direktor Gourdet, vorläufig bis zur Klärung der Angelegenheit beurlaubt worden.

### Berichtigung.

Der Artikel „Der Zweck heiligt die Mittel“ in voriger Nummer stimmt nicht, wie es infolge Satzversehens hieß, aus Viefefeld, sondern aus Krefeld.

### Aus der Textilindustrie.

Ein Notschrei der Textildetailisten. Der Schutzverband der Detailisten und Gewerbetreibenden Groß-Berlins E. W. hat an den Reichswirtschaftsminister eine Eingabe gerichtet, die sich mit den Zuständen befaßt, die sich im Textildetailhandel herausgebildet haben. Wir entnehmen der Eingabe folgendes: Die steigende Konjunktur und die Warenknappheit der letzten Jahre gewährten den Fabrikanten und Großhändlern eine völlig diktatorische Stellung gegenüber den Detailisten. Ganz allgemein behielten sich jene Lieferung, Lieferungszeit und in gewissen Grenzen auch Preisfestsetzung nach ihrem Ermessen vor, und die Detailisten waren, um überhaupt Ware zu erhalten, gezwungen, auf diese sie gänzlich entprechenden Bedingungen (Konditionen) einzugehen. Mit der vor vier Wochen etwa eingetretenen absoluten Stodung im Geschäftsleben jedoch haben sich die Verhältnisse von Grund aus geändert. Jetzt verlangen die Lieferanten, die sich bisher mit der Lieferung durchaus nicht beeilten, da sie mit jedem Tage höhere Preise fordern konnten, sie, die häufig genug die bestellten und bereits fertigestellten Waren vertragswidrig an Dritte zu höheren Preisen verkauften, von den Detailisten die Übernahme der Waren, die vor langer Zeit unter ganz anderen Umständen und in der Erwartung rechtzeitiger Lieferung bestellt worden waren. Es geht sogar so weit, daß jetzt noch die Abnahme von Saisonwaren, z. B. Frühjahrskonfektion, verlangt wird, deren Lieferung für Ende März zugesagt war, und die ja ihrer Natur und Bestimmung nach auch gar nicht später geliefert werden dürfte, wenn anders sie überhaupt noch verkäuflich sein sollte! . . . — Zu beachten ist ferner, daß die Lieferanten bei den jetzt und später auf Grund alter Verträge erfolgenden Lieferungen gänzlich ungerechtfertigte und angesichts der verzweifeltsten Lage der Detailisten doppelt verwerfliche Konjunkturgewinne machen: Sie sind nämlich in der Lage, Waren bzw. Rohstoffe und Halbfabrikate jetzt zu erheblich billigeren Preisen als bisher zu kaufen; der kleine und mittlere Detailhandel steht unmittelbar vor dem Zusammenbruch, wenn ihm nicht schleunigst auf dem Wege der Gesetzgebung geholfen wird.

Statt 2 Millionen 15 Millionen Gewinn. Norddeutsche Wollkammerei und Kamgarnspinnerei. Nach dem Geschäftsbericht vom 31. Dezember betrug nach Abzug der Unkosten und Zinsen das Bruttoerträgnis 15 485 731 Mk. gegen 2 548 705 Mk. im Vorjahre. Die Verwaltung schreibt dazu: Dieser erhebliche Gewinn erklärt sich durch die günstige Abwicklung verschiedener Geschäfte namentlich mit dem Auslande. Die Verwaltung schlägt vor, eine Dividende von 12 Proz. mit 2 700 000 Mk. gegen 10 Proz. im Vorjahre zu verteilen, 11 250 000 Mk. zurückzubehalten und statt dessen 22 500 Genussscheine à 500 Mark an die Aktionäre zu verteilen.

Eine neue Kunstseidefabrik in Polen. Aus Warschau wird der „Wiener Morgenzeitung“ gemeldet: In den nächsten Tagen wird in Tomaszowice eine Kunstseidefabrik den Betrieb aufnehmen. Die Fabrik wird 1000 Arbeiter beschäftigen und der Ausfuhr von Kunstseide nach Amerika besondere Aufmerksamkeit schenken.

Die Einfuhr deutscher Kunstseide in Japan hatte bei Ausbruch des Krieges aufhört. Alle Ladungen, die vor dem Beginn der Feindseligkeiten von Deutschland abgegangen waren, sind bei der Ueberfahrt im neutralen Ausland festgehalten worden. Die Zeitschrift „Nippon Times u. Mail Weekly“ schreibt: „Die Unterbindung der Kunstseideinfuhr für die Dauer von fast fünf Jahren bedeutete einen schweren Schlag für die japanischen Seidenfabrikanten, und man kann sagen, daß in Japan heute aerobden ein Hunger nach Kunstseide besteht, zumal bei den Webern in Kyoto. Letzthin ist zwar Kunstseide von ausgezeichnete Güte in England und Schweden (?) hergestellt und nach auswärts verschifft worden, jedoch sind die von dort ausgeführten Mengen vornehmlich Amerika zugute gekommen, wo sich eine immer mehr steigende Nachfrage nach Seidengarn bemerkbar gemacht hat. Neuerdings haben die Weber in Kyoto wieder einige deutsche Fabrikanten mit Aufträgen bedacht und eine Ladung deutscher Kunstseide wird in allernächster Zeit in Japan erwartet.“

Großfeuer in einer Lodzer Weberei. In der großen Weberei der Firma Max Schröter in Lodz entzündete sich ein großer Schmelzofen über die ganzen Fabrikanlagen ausdehnte und die Weberei, Zwirnerci usw. mit großen Materialvorräten vernichtete. Der Schaden wird auf mehrere Millionen geschätzt.

Stillelegungen in der amerikanischen Textilindustrie? In der amerikanischen Wollindustrie haben die Arbeitgeber öffentlich erklärt, daß, wenn die Textilarbeiter ihre Androhung wahr machen und weitere Lohnerhöhungen fordern sollten, die Fabriken geschlossen werden würden. Eine große Fabrik wird bereits demnächst schließen. Man sagt voraus, daß bei Annäherung des Sommers dies Beispiel auch in anderen Industriezweigen befolgt werden wird, die schon jetzt aus verschiedenen Ursachen den Betrieb auf die Hälfte eingeschränkt haben.

Kapitalerhöhungen. In Nr. 22 Seite 90 brachten wir unter dem Titel „Kapitalerhöhungen“ die Nachricht, daß die „Süddeutsche Baumwollindustrie Aktien“ im Jahre 1919 einen Bonus von 6 Proz. gezahlt habe. Dies ist, wie die Direktion uns schreibt, unrichtig, denn der Bonus wurde erstens einmal im Jahre 1917/18 gezahlt und zweitens war derselbe eine Ergänzung des Jahre 1913/14, in welchem bei Kriegsbeginn vorsorglich nur 2 Proz. ausgeschüttet wurden. Die Gesellschaft habe in den letzten 18 Jahren durchschnittlich 6½ Proz. Dividende ausgeschüttet. Außerdem mußte früher

Das Grundkapital der Gesellschaft von 2 850 000 Mk. auf 2 000 000 Mk. herabgemindert werden. Die Aktionäre hätten dadurch einen Verlust erlitten, welcher mit Zins und Zinseszinsen der Dividende von 7 Jahren entspricht. Mit anderen Worten hätten sich die Aktionäre schlechter gestellt als wie die Arbeiterklasse, welche bei der Gesellschaft eine große Einlage habe und eine sichere Verzinsung ihres Kapitals von 5 Proz. erhalten habe.

### Politische Nachrichten.

#### Rückkehr zur alten Sozialdemokratie.

Nach Bernstein ist nun auch Restriepke, der frühere Redakteur des „Vorwärts“, nachmalige Redakteur der „Freiheit“ von den Unabhängigen zur alten Sozialdemokratie zurückgekehrt. Er feht in längeren Ausführungen im „Vorwärts“ die Gründe seiner Rückkehr auseinander und sagt:

„Die U. S. P. bildet nichts Einheitliches. Es mag anmakend klingen und enthält vielleicht doch die Wahrheit, wenn ich sage: Die U. S. P. ist überhaupt nur eine Uebergangsercheinung; ein Teil ihrer Anhänger gehört zurück zur „alten“ Sozialdemokratie (vorausgesetzt nur, daß sie entschlossen die Bahnen der „alten“, das heißt der noch einigen Partei der Vorkriegszeit innehält), der andere zum Kommunismus; natürlich bedeutet das nicht, daß eine einfache Auflösung der U. S. P. zu erwarten ist; denkbar wäre u. a. auch, daß die Partei die kommunistischen Gruppen aufkaufte und nur ihren — übrigens beträchtlich schwächeren — rechten Flügel abließ. Dann würde scheinbar die U. S. P. bleiben, die besondere Organisation der Kommunisten verbleiben, — aber es käme auf dasselbe hinaus. Jedenfalls bestehen heute zwischen dem linken Flügel der U. S. P. und den Kommunisten um Lebi und Clara Zetkin einerseits und menschenstimmig einem Teil ihres rechten Flügels (und unserer Partei andererseits) geringere Meinungsverschiedenheiten als zwischen rechtem und linkem Flügel der Partei selbst. Das dürfte auf die Dauer nicht zu halten sein.“

### Berichte aus Fachkreisen.

**Brandenburg a. H. Unsere Mitglieder-Versammlung am 18. Mai war, obwohl eine wichtige Tagesordnung vorlag, nur mäßig besucht. Kollege Gröschner gab den Kartellbericht, in welchem auf die Vorteile der „Vollstufkurse“ gegenüber anderen Versicherungen hingewiesen wurde. Er ersuchte die Kollegenchaft zum Schluß seines Berichtes, sich und ihre Familienmitglieder gegebenenfalls in keine andere Versicherung als diese aufnehmen zu lassen. In einem einstündigen Vortrage über Zweck und Ziel der Betriebsräte legte der Hilfsleiter Karl Böigt eingehend und in großen Zügen die Entstehung sowie die Entwicklungsmöglichkeiten dieser Körperschaften dar. An den gewählten Betriebsräten läge es nun, dieses Gesetz zu einem Machtmittel der Arbeiterchaft gegenüber dem Kapitalismus zu gestalten. Grundbedingung dabei ist die Generalschaft als Fundament für die Betriebsräte. Eine rege Fühlungnahme mit derselben sei unerlässlich, wenn etwas Erprobliches für die Arbeiterchaft herauskommen soll. — Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. An der Diskussion beteiligte sich Kollege Buch, welcher die Sachlichkeit des Vortrages anerkannte. In „Verschiedenes“ erinnerte der Vorsitzende an den 6. Juni. Es herrsche namentlich unter den Kolleginnen eine unangenehme Laune der Wahl gegenüber. Die Kolleginnen sollen sich bei ihnen erklärten, nicht dadurch würdig zeigen, daß niemand von ihnen dem Wahlakt fernbleibt. — Sodann wird noch auf Antrag von jüngeren Kolleginnen über ein abzuhaltendes Vergnügen abgestimmt und dieses beschlossen.**

**Ebersbach. Betriebsrätekonferenz. Am 16. Mai tagte im „Gasthaus zum Lamm“ zu Eibau eine Betriebsrätekonferenz für den Filialbereich Neugersdorf des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Tagesordnung: 1. Auslegung des Betriebsrätegesetzes. 2. Geschäftskursus. (Wahl unter Venerberrn.) 3. Ferienfrage. 4. Geschäftskursus. Kollege Paul Jung sprach zum 1. Punkt und forderte auf, das durch das Gesetz Gegebene in den Betrieben weiter auszubauen. Eine sehr lebhafte Debatte schloß sich seinen Ausführungen an, an der sich Redner aus der Mehrzahl der Betriebe beteiligten. Nachstehende Anträge wurden einstimmig angenommen:**

1. Die Betriebsratsitzungen haben während der Arbeitszeit stattzufinden und der Beginn muß so angelegt werden, daß vornehmlich die Tagesordnung vor Schluß der Arbeitszeit erledigt werden kann. 2. Einführung von Sprechstunden während der Arbeitszeit in den Betrieben. 3. Die Betriebsräte müssen in allen Betrieben, wo noch die Lohnzahlung vierzehntägig ist, vorstellig werden betreffs einer achtägigen Abschlagszahlung im Lohnhöhe. Gleichfalls angenommen wurde folgender Antrag des Kollegen G. Richter über eine vom Kollegen Jung ausgearbeitete und zum Vortrag gebrachte Mustergeschäftsanordnung: „Die Mustergeschäftsanordnung von P. Jung soll in einer engeren Ortsverwaltungsitzung durchbetreten werden und zur Annahme gelangen.“ Zum zweiten Punkt referierte Kollege Heinrich Richter. Der Vortragende beleuchtete die Notwendigkeit dieser Kurze für die Betriebsräte, die nur bei guter Vorbildung ihre Aufgaben zweckdienlich erfüllen könnten. Zum Teilnehmer am Kursus wurde Kollege Hübner-Waldorf gewählt. Zum dritten Punkt sprach Kollege Kunze. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß ein von Arbeitgeber gemachter Vorschlag, die Pfingstwoche als Ferienwoche zu betrachten (vier Tage sollen ohne Rücksicht auf die Beschäftigungsdauer bezahlt werden), abgelehnt werden möchte. Um aber zu zeigen, daß die Arbeiterschaft Solidarität üben und ein Opfer bringen kann, wurde erklärt: „Die Arbeiter fordern für alle fünf Tage Ferien; stellt sich dieser Forderung der Wille der Arbeitgeber entgegen, bleibt es bei dem Beschluß der zentralen Tarifkommission vom 19. August 1919. Sollte jedoch die am 17. Mai 1920 erfolgte Tagung obiger Kommission Seinerzeitigen, unterwerfen wir uns diesem.“ Im Allgemeinen sollen die Ferien vorläufig zurückgestellt werden, um den zurzeit gelagerten Verhältnissen Rechnung zu tragen und beiden Teilen zu nützen, da für die Arbeitgeber die Erfüllung der Aufträge von Bedeutung ist und Annullierungen nicht eintreten möchten, andererseits aber beim Eintreten von Arbeitsknappheit der Zeitpunkt gegeben ist, die Ferien zu nehmen. In diesem Sinne sprachen sämtliche Redner. Zum letzten Punkt: Generalschaftliches. hatte sich schon im Verlaufe der Konferenz manches erledigt, doch soll ein besonderes Augenmerk darauf gerichtet werden, daß in den Betrieben das Vertrauensmännersystem wieder ausgebaut wird (Aufgabe der Ortsausschüsse). Desgleichen sind in den Betrieben resp. Branchen Leute zu bestimmen, welche in den Branchenkommisionen das brauchbare Material zu kommenden Tarifabschlüssen zusammentragen und verarbeiten. Weides ist sofort in die Wege zu leiten. Gleichzeitig wird seitens der Ortsverwaltung bedauert, daß ausgegebene Fragebogen von verschiedenen Betriebsräten jetzt noch nicht beantwortet sind, so daß z. B. die Bezahlung des Kapp-Kurschages bis jetzt noch nicht eingeleitet werden konnte. Sofortige Aenderung wird zugesagt. — Auf welcher Basis unter Verband in Filialbereich fußt, mögen nachstehende Zahlen beweisen. Es werden in der Textilbranche beschäftigt insgesamt 9801 Personen, davon 5490 weibliche, 3538

männliche und 773 Angestellte. Hiervon gehören 8151 dem Deutschen Textilarbeiterverband an, weitere 1000 freien Gewerkschaften und der Rest den Christen, S.-D., Angestellten usw. Von den 206 Betriebsräten (61 weiblich, 205 männlich) entfallen auf unseren Verband 220, auf die Christen 10, Werkmeister 6, kaufmännischen Angestellten 4, auf die übrigen 5, S.-D. 1, Metallarbeiter und sonstige Berufe 18; 2 gehören keinem Verbands an (letzte sind Angestellte). — Nachdem noch in der Debatte von verschiedenen Rednern das Verhalten verschiedener Angestellter gegenüber den Arbeitern scharf geißelt worden war (erstere lassen sich zu Spitzeldiensten und Unreibern verwenden, anstatt mit uns eine geschlossene Front zu bilden, was aber hoffentlich bald geschehen wird), wurde die Konferenz geschlossen.

**Grünberg i. Schlf. Am 17. Mai fand in der „Deutschen Reichshalle“ eine außerordentliche Generalversammlung statt, welche gut besucht war. Zunächst wurde die Wahl eines zweiten Geschäftsführers vollzogen. Unter fünf Vorschlägen, welche eingegangen waren, wurde der des Kollegen Robert Jänler, welcher in der Filiale das Amt des Vorsitzenden bekleidet, stattgegeben. — Zum Bericht von der Geschäftsführerkonferenz in Berlin, den Betriebsrätekursus betreffend, nahm der Geschäftsführer Kollege Lindner das Wort. Der Betriebsrätekursus wird den Betriebsräten die Möglichkeit bieten, alles zu erlernen, was sie zur Durchführung des Betriebsrätegesetzes brauchen. Sie sollen dann das dort Gelernte im Kreise der Kolleginnen und Kollegen verbreiten; denn nur in einer gutgeschulten Arbeiterschaft wird es uns möglich sein, der kapitalistischen Ausbeutung ein halt zu gebieten. Da die Kosten zur Unterhaltung des Kursus große Mittel erfordern, müssen auch die Filialen, soweit sie dazu in der Lage sind, einen Teil dazu beitragen. Die Kosten für einen Schüler betragen für unsere Filiale 11 000 Mk. für das halbe Jahr. Die Versammlung schließt sich dem Vorschlag des Vorstandes, den Kollegen Alfred Aplet, Betriebsobmann der S. B. M., als Schüler zu entsenden, an. Die Kosten von 11 000 Mk. werden von der Filiale getragen. — Zu Punkt 3, die kommenden Wahlen, fordert der Vorsitzende die Textilarbeiterchaft auf, sich reiflos an der Wahl zu beteiligen. Ein Antrag aus der Versammlung, den beiden sozialistischen Parteien (S.P.D. und U.S.P.D.) aus Lokalmitteln je 5000 Mk. zu bewilligen, wurde einstimmig angenommen. Unter Verbandsangelegenheiten wurde seitens verschiedener Kollegen angeregt, doch dahin zu wirken, daß jedes Mitglied einen Stundenlohn als Wochenbeitrag dem Verband opfert.**

**Guben. Am 19. Mai fand im Restaurant Sanscouci die Mitglieder-Versammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes statt. Der zahlreiche Besuch ließ erkennen, daß eine sehr wichtige Tagesordnung behandelt werden sollte. Der Versammlungsleiter gab denn auch in seinen einleitenden Worten bekannt, daß die Versammlung zwei wichtige Angelegenheiten, die Betriebsrätefrage und die Ferienfrage, zu regeln hätte. Kollege Hoffmann gab in seinen Ausführungen zur Betriebsrätefrage bekannt, daß die Zentralverwaltung beschlossen habe, eine Hochschule für die Betriebsräte zu errichten. Die Filialen, welche diese Hochschule mit Schülern bescheiden wollen, werden verpflichtet, nur solche Schüler zu senden, welche all das Gelernte im Interesse unseres Verbandes wiedergeben in der Lage sein. Die persönlichen Kosten der Schüler, welche erhebliche sind, trägt die Filiale. Weiter muß der Schüler sich auf den Boden der Hauener Generalversammlung und des Betriebsrätekongresses zu Leipzig stellen und sich verpflichten, nach Schluß des Semesters wieder in den Betrieb zu gehen und dort in diesem Sinne weiter zu wirken. Der reiche Beifall der Versammlung ließ erkennen, daß die Kollegenchaft in unserem Ort mit den Ausführungen des Kollegen Hoffmann einverstanden war. Wirt doch der Deutsche Textilarbeiterverband in der modernen Arbeiterbewegung vorbildlich im Interesse der Volksaufklärung! Ein Antrag, die Hochschule mit einem Schüler aus unserer Filiale zu bescheiden, fand einstimmige Annahme. Ueber die Ferienfrage gab Kollege Hoffmann bekannt, daß an einem der letzten Tage auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes eine Besprechung stattgefunden habe. Es solle ein jeder einen Urlaub von 5 Tagen gleich 33 Arbeitsstunden erhalten. In der Diskussion über diese Angelegenheit wurde der Wunsch laut, die Ferien in der Pfingstwoche zu nehmen. Im weiteren Verlauf der sehr regen Debatte wurde die Geschäftsleitung beauftragt, mit dem Arbeitgeberverband zu verhandeln, um möglichst die Ferien einheitlich über die ganze Industrie zu regeln. — Den Kartellbericht gab Kollege Brendel. Aus ihm sei hervorgehoben, daß die Ärzteorganisation für den 25. Mai den vertragslosen Zustand mit den Krankenkassen erklärt hat. Es wird nun an der Arbeiterschaft liegen, einzig und gemeinsam den schweren Kampf zu führen und dafür zu sorgen, daß die Forderungen der Ärzte sich in für die Arbeiter erträglichen Grenzen bewegen. — Mit einem Appell an die Mitglieder, am 6. Juni die Listen der Arbeiterparteien zu wählen, endete die hochinteressante Versammlung.**

**Seidenheim a. Brens. Eigenartige Zustände scheinen sich in der hiesigen Württembergischen Kattunmanufaktur“ herabzubilden zu wollen. Die Firma richtete zu Anfang dieses Jahres neben ihrer Maschinendruckerei eine Handdruckerei ein und folgte dadurch dem Beispiel ihrer Konkurrenz. Man engagierte mehrere Drucker von auswärts, u. a. auch den Vertrauensmann der Kreisfelder Handdrucker, dessen Familie seinerzeit noch in der Schweiz wohnte. Demselben wurde zum sofortigen Antritt eine Dreizimmerwohnung bereitgestellt, und gerade, um wieder vereint mit seiner Familie leben zu können, willigte er ein, hier in Arbeit zu treten. Den fremden Druckern wurde beim Eintritt von seiten der Direktion warm ans Herz gelegt, den hiesigen Arbeitern, die sehr zufrieden und ruhig wären, doch ja keine anderen Ideen in den Kopf zu setzen. Doch heute scheint die Firma auf dem besten Wege zu sein, die nötige Aufklärung selber in die Reihen ihrer Arbeiterschaft zu tragen. Als im März d. J. zu den Betriebsratswahlen Stellung genommen wurde, kamen die Handdrucker nach Rücksprache mit der Verbandsleitung darin überein, für den Betrieb gesondert eine Wahl vorzunehmen, da derselbe auch als gesonderte Firma, und zwar als Württembergische Handdruckerei G. m. b. H. in das hiesige Handelsregister eingetragen ist. Als Betriebsobmann war der oben erwähnte Vertrauensmann vorgesehene. Am gleichen Tage, an welchem abends die Wahl vorgenommen werden sollte, zitierte man den als Betriebsobmann vorgesehene Handdrucker aufs Bureau, wo man ihm mitteilte, daß er sich „von heute ab“ als gekündigt zu betrachten hätte. Die Kündigung habe aber erst in 14 Tagen, und zwar vom 1. April auf den 15. April gesetzliche Gültigkeit. Die Absicht der Firma lag offensichtlich zu Tage. Die Arbeiter der Handdruckerei gaben die einzig richtige Antwort darauf, indem sie den betr. Arbeiter einstimmig zum Betriebsobmann wählten. Gegen die Kündigung wurde Einspruch erhoben und in mehreren Sitzungen der Direktion mit dem Betriebsrat wurden alle Gründe angeführt, die die Firma geltend gemacht hatte, um die Kündigung zu rechtfertigen. Dabei stellte es sich heraus, daß man durch nicht ganz einwandfreie Vorgehensweisen nachweisen wollte, daß der Arbeiter quantitativ geringere Leistungen vollbracht hätte als die anderen. So etwas in die Enge getrieben, erklärte sich die Firma bereit, die Angelegenheit dem Schlichtungsausschuß zu übermitteln und sich dessen Spruch zu unterwerfen. Der Entscheid lautete folgendermaßen: „Der Einspruch gegen die am 15. April erfolgte Kündigung des Handdruckers ist berechtigt. Die Firma ist verpflichtet, das Dienstverhältnis mit demselben alsbald zu erneuern bzw. fortzusetzen.“ Anstatt nun ihr gegebenes Wort, sich dem Schiedsspruch zu fügen, nachzukommen, sandte die Firma dem Arbeiter die Entlassungsbrieflich in die Wohnung mit dem gleichzeitigen Hinweis, daß auch innerhalb 14 Tagen die Fabrikwohnung zu räumen sei. Man holt also den Arbeiter aus guter Stellung und die Familie aus**

der Wohnung heraus, um ihn dann, wenn man bemerkt hat, daß man es mit einem überzeugten Gewerkschaftler zu tun hat, einfach brotlos zu machen und die Familie, trotzdem die Frau sich in anderen Umständen befindet, auf die Straße zu setzen. Andererseits hat man kein Mittel geachtet und bereits Drucker aus Wien und Umgebung engagiert, für deren Wäsche man sich schon alle erdenkliche Mühe gibt. Die Handdrucker werden diesem Treiben ein gebietendes „Bis hierher und nicht weiter!“ entgegenzusetzen. Die übrige Arbeiterschaft mag einen kleinen Voranschmack von dem bekommen, was ihr blüht, wenn die Reaktion am 6. Juni zu der Macht gelangen sollte, nach der sie mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln strebt.

**Kempten i. Allgäu. In der hiesigen Spinn- und Weberei N.-G. herrschen in mander Hinsicht noch Zustände, die an längst vergangene Zeiten erinnern. Protektierte man doch neulich in einer Versammlung gegen die Art, wie der technische Direktor, Herr Geyer, zuweilen mit Arbeitern und Arbeiterinnen umgeht. Weiter protektiert die Versammlung gegen den in letzter Zeit wiederholten Versuch, Betriebsratsmitglieder gegeneinander auszuspielen. Diese Proteste zeugen davon, daß da manches, wenn nicht alles, noch vornembrieh ist und neuerlicher Anknüpfung der Weg gebahnt werden muß. Die Arbeiter werden nicht ermangeln, diesem Umstände in weitestem Maße Rechnung zu tragen durch Stärkung unseres Verbandes und fleißigsten Besuches seiner Versammlungen; eingebend der Tatsache, daß nur in der Einigkeit und Geschlossenheit ihre Stärke liegt, daß diese aber auch unüberwindlich gemacht werden kann.**

**Köln. Am Sonntag, den 8. Mai, fand in Unter-Eichbach eine öffentliche Textilarbeiter-Versammlung statt, einberufen vom Deutschen Textilarbeiterverband, Filiale Köln. Galt es doch auch hier einmal den Brüdern in Christo in ihre Dunkelkammer hineinzuleuchten. Trotz der Parallelversammlung des Christlichen Textilarbeiterverbandes, der wohl Angst um seine Schäflein bekommen hatte, war der Saal bis zum letzten Platz gefüllt. Kollege Schmidt aus Köln referierte über Zweck und Nutzen des Textilarbeiterverbandes, wobei er in den Anwesenden dankbare Hörer fand, ja, man kann fast sagen, die anwesende Arbeiterschaft war wohl erfreut, als sie die Wesensart der freien Gewerkschaften kennen lernte; die Leute hatten sich wohl nach den Anweisungen ihrer christlichen Führer unter den freien Gewerkschaften nur eine Notte Abwärtiger vorge stellt. Bezeichnend für die Sädulung der Christlichen ist der Ausspruch ihres Vertreters: „Wenn Ihr zu den Noten geht, dann seid Ihr verloren.“ Verloren waren sie aber bei den Christen als Mitglieder schon über ein halbes Jahr, da sich diese außer um die Beitragskassierung nicht um sie kümmerten. Einer Abordnung der Arbeiter, die nach Düsseldorf ging, wurde sogar erklärt: „Von Euch wußten wir gar nichts.“ Dabei mußten diese Leute weit unter Tarif arbeiten, ohne daß es der Christliche Verband für nötig hielt, für seine Mitglieder einzutreten. Erst als die Kollegen ungeduldig wurden und unser Vertreter sich zeigte, da wurde ihnen der Himmel versprochen. — Die Anklagen, die Kollege Schmidt dem anwesenden Vertreter der Christen entgegenhielt, waren so wichtig, daß dieser keine großen Einwendungen machen konnte; hofflos war das Gerede von Verrätereien der Arbeitervertreter. Alles Mühen war umsonst. Der Erfolg war auf unserer Seite: 46 Uebertritte und 4 Neuaufnahmen konnten wir für uns buchen.**

**Sorau (M.-L.). Die am 14. Mai in Seifersdorf bei Sorau abgehaltene Mitglieder-Versammlung, welche sehr gut besucht war, nahm den Rassenbericht vom 1. Quartal 1920 entgegen. Einnahme 48 151,97 Mk., Ausgabe 35 346,54 Mk., Rassenbestand 12 805,43 Mk. Aufnahmen und Uebertritt von anderen Organisationen sind 240 zu verzeichnen. Mitgliederzahl: 1006 männliche, 2529 weibliche, zusammen 3535. Dem Rassenbericht folgte ein Vortrag des Genossen C. Morris über Frauenarbeiten. Infolge der verschiedenartigen Beschäftigung der Frauen im Textilbetriebe machten sich bei denselben vom 40. Lebensjahre und auch noch früher Frauenleiden verschiedenster Art bemerkbar. An Hand einiger Beispiele machte der Vortragende die Anwesenden auf Maßnahmen zur Verhütung dieser Leiden aufmerksam. Daß der Vortrag von den Versammelten mit größtem Interesse angehört wurde, zeigte der ihm gespendete Beifall. Ein weiterer Vortrag soll demnächst stattfinden. — Unter Gewerkschaftlichem wurde die Frage betreffs der 114 und 133 Prozent in der Leinenindustrie gegenüber der Leinwandindustrie, auch die Ferienfrage und die Bezahlung der Streiklage wieder angeregt; auch die in der Textilindustrie einsetzende Krise wurde in die Diskussion mit hineingezogen. Alle diese Fragen wurden vom Geschäftsführer, sowie vom Vorsitzenden soweit als möglich beantwortet.**

### Briefkasten.

**Reher, Osnabrück. Ihrem Wunsche kann wegen der technischen Schwierigkeiten, die sich seiner Erfüllung entgegenstellen, leider keine Folge gegeben werden.**

**Seimann, Kamenz. Unserer Ansicht nach kann wohl eintreten, was sie befürchten. Sie sollten sich aber noch näher bei einem dortigen Bankinstitut erkundigen.**

## Bekanntmachungen.

<b>Vorstand.</b>	<b>Hannover.</b> Frau Anna Kellner, 45 J., Herzschlag.
<b>Sonntag, den 6. Juni, ist der 23. Wochenbeitrag fällig.</b>	<b>Landsberg a. Warthe.</b> Martha Schwabe, Stoperin, 37 J., Mittelohrvereiterung.
<b>Totenliste.</b>	<b>Osnabrück.</b> Heinrich Thormöhlen, 21 J., Blutschlag.
<b>Gestorbene Mitlieder.</b>	<b>Plauen i. V.</b> Helene Seidel, Stepperin, 41 J., Lungenüberlaste. Johanna Dora Unger, Einsekerin, 21 J., Bronchitis. Hermann Windisch, 56 J., Lungenentzündung.
<b>Aachen.</b> Katharina Vogel.	<b>Thalheim und Umgegend.</b> Frida Meier, Gornsdorf, 27 J., Herzfehler.
<b>Apsda.</b> Albert Beder, Färbe-meister, 63 J., Magenkrebs.	<b>Ehre ihrem Andenken!</b>
<b>Berlin.</b> Lina Köhler, Näherin, 49 J., Operation. — Frida Girtl, Näherin, 22 J.	<b>Zusammenkünfte.</b>
<b>Breslau.</b> Albert Hoffmann, Spinnereiarbeiter, 41 J., Rippenfellentzündung.	<b>Mitglieder-Versammlungen.</b>
<b>Glauchau.</b> Ida Alöhner, 58 J., Magenleiden.	<b>Altenburg (S.-A.).</b> Donnerstag, 10. Juni.
<b>Grünberg i. Schlf.</b> Fritz Rudolf, Färber, 54 J., Lungen- und Kehlkopfentzündung. Emma Schreck, Sawade, 25 J.	<b>Berga a. Elster.</b> Sonnabend, 12. Juni.
<b>Hamburg (Bez. Schiffbr).</b> August Gedasche, Arbeiter, 68 J.	<b>Berlin.</b> Uniformföder. Donnerstag, 10. Juni, abends 5 1/2 Uhr, Wallstr. 32.
<b>Hamburg-Altona.</b> Ida Dohm, Arbeiterin, 21 J., Lungenentzündung.	<b>Halberstadt.</b> Mittwoch, 9. Juni, im „Anker“.
<b>Hanau.</b> Toni Beder, Weberin, Grappe. Joseph Rowach, Färberiarbeiter, Magengeschwür.	<b>Leisnig.</b> Mittwoch, 9. Juni.

**Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 5. Juni.**

Verlag: Carl Hübsch in Falkenberg-Alt-Glenide. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Dreßler in Plauen i. V., für alles andere Paul Wagener in Berlin. — Druck: Bornhörs Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Geier u. Co. in Berlin.

**Geleiene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.**